

*Rede auf Kundgebung der „ausgestrahlt“-Fahrraddemo in Wipplingen am 17.07.2022*

Wie Ihr wisst, sind wir hier nicht zum ersten mal mit dem Thema Atommüllendlagerung konfrontiert. Ich möchte Euch kurz berichten, was sich hier vor 46 Jahren abspielte.

Im Januar 1976 wurden Pläne für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstoffe und für ein Atommüllendlager in Norddeutschland bekannt. Drei Standorte waren benannt worden, darunter neben Celle und Lichtenmoor auch der hiesige Salzstock Wahn. Es wurden 5000 Arbeitsplätze versprochen.

Was war das für eine Zeit, in die diese Nachricht platzte? Mitte der 70er Jahre begann die Anti-Atombewegung gerade zu einer großen Bewegung zu werden. Dass die Industrie nicht nur Wohlstand schafft, sondern gleichzeitig unsere Umwelt zerstören kann, hatte man in den zehn Jahren davor gelernt. Man hatte die Vergiftung des Rheins gestoppt. Im Elsass hatte eine grenzüberschreitende Bewegung ein Chemiewerk im französischen Marckolsheim verhindert. Und ab 1973 besetzten Menschen aus dem Breisgau und dem Elsass die AKW-Baustelle in Wyhl bei Freiburg.

Für Emsländer waren diese Besetzer wohl in erster Linie Rowdies. Und die Atomkraft war einfach was Modernes, etwas, was für die Technikgläubigen die Zukunft darstellte.

Und dann diese Nachricht über ein Atommüllendlager zwischen Wipplingen, Renkenberge und Werpeloh. Ein paar Tage große Euphorie über die Arbeitsplätze, bis klar wurde, dass unsere Dörfer einer Sicherheitszone im Radius von 6 km weichen müssen. Sofort kamen die Erinnerungen an das ehemalige blühende Hümmlingdorf Wahn auf, das für den Schießplatz verschwinden musste.

Und ein Gedanke: wo so eine Sicherheitszone nötig ist, muss auch Gefahr bestehen.

Mit der Veröffentlichung wurde auch klar, welchem Zweck die Bohrungen auf einem Wippinger Grundstück auf dem Uhlenberg dienten. Sie dienten nicht der Erforschung von Öllagerstätten, wie der Bäuerin von dem Bohrunternehmen gesagt worden war, sondern der Erforschung des Salzstocks. Das Landvolk und die Bürgermeister von Kluse, Renkenberge, Wipplingen, Werpeloh, Sögel und Fresenburg forderten die Landwirte auf, keine Nutzungsverträge mit Bohrfirmen zu schließen. Werpelohs Bürgermeister Bene Albers sagte: "Aus unserer Gemeinde wird für diese Maßnahme kein Quadratmeter Boden freiwillig zur Verfügung gestellt."

Dem Versprechen mit der Anlage 5000 Arbeitsplätze zu schaffen wurde schnell entgegengehalten, dass dann die Erprobungsstelle Meppen mit ihren 2000 Arbeitsplätzen schließen müsse. Als die Zahl neuer Arbeitsplätze später nur auf 1000 geschätzt wurde, konnte endgültig nicht mehr von einem Gewinn für das Emsland gesprochen werden.

Eine Aktionsgemeinschaft der Gemeinden und Verbände wurde gegründet. Im Vorstand waren die Bürgermeister Albers (Werpeloh), Gerdes (Wippingen), Hövelmann (Papenburg), Steinkamp (Samtgemeinde Dörpen), der Samtgemeindedirektor Kröger (Sögel) und der Geschäftsführer des Landvolks Georg Kruse.

Gegen die Bohrung auf Frericks' Grundstück ging man jetzt gerichtlich vor. Aber Bürgermeister Hermann Gerdes hatte noch eine besondere Idee. Im Rahmen eines laufenden Flurbereinigungsverfahrens ließ er längs des Bohrgeländes einen zwei Meter breiten Graben ziehen. Somit fehlte der Bohrgesellschaft ein Zugang zum Gelände und die Bohrungen kamen zum Erliegen.

Es wurde hier nicht mehr von einem Endlager gesprochen, sondern von einer atomaren Müllkippe. Es meldeten sich täglich viele in der Ems-Zeitung mit ablehnenden Stellungnahmen: der Emsländische Heimatbund, Politiker aus der Provinz Groningen, Kreistag ASD, IHK, SPD ASD, Partij van de Arbeid Groningen, Samtgemeinderäte Werlte, Sögel, Dörpen, Lathen, Bezirksparteitag der CDU, KLJB, usw.

Das änderte sich nach dem 24. April 76, als die Atomlobby in die Offensive ging. Kommunalpolitiker aus dem Landkreis waren zu einer Besichtigung der Kernforschungsanlage nach Karlsruhe eingeladen. Die Tatsache, dass rund um Karlsruhe noch Leben herrschte, genügte vielen dieser Reisenden plötzlich als Beleg für die Ungefährlichkeit einer Wiederaufbereitungsanlage. Auch von einer Reise der Kommunalpolitiker zur WAA in das französische La Hague kamen sie teilweise begeistert zurück, denn sie hatten auch dort Kühe gesehen. Und: „Die Emissionen in flüssiger und gasförmiger Art werde man dort äußerst praktisch und kostengünstig Richtung Meer los“, so schrieb es die Ems-Zeitung.

Vielen CDU- und SPD-Politikern war auch inzwischen klar geworden, dass sie gegen die offizielle Politik ihrer Parteien handelten.

Die ablehnende Haltung der Lokalpolitiker blieb zwar im Wesentlichen erhalten, aber weichte auch auf.

In dieser Situation machte Wippingens Bürgermeister Gerdes auf einer Bürgerversammlung den Vorschlag, eine Bürgerinitiative zu gründen. Auf die

Politiker allein sei kein Verlass. Die Gründung der Bürgerinitiative fand am 2. Juni 76 in der Wippinger Mehrzweckhalle statt.

Dem Vorstand gehörten neben den beiden Wippingern Gerdes und mir, die zwei Werpeloher, Wilhelm Horstmann und Lukas Kuper, der Renkenberger Heinrich Lögermann, die Dörpener Helene Löw und Heinz-Ludwig Groß an.

Aus vielen Orten wurden Vertrauensleute bestimmt, die die Informationen der Bürgerinitiative schnell im Ort verbreiten sollten: aus Börger, Neulehe, Steinbild, Papenburg, Lathen, Neudörpen, Vrees, Cloppenburg, Neudersum, Lorup, Fresenburg, Spahnharrenstätte, Esterwegen, Sögel, Walchum.

Die Bürgerinitiative wuchs sehr schnell auf über 1000 zahlende Mitglieder. Eine Arbeitsgruppe kümmerte sich um die Öffentlichkeitsarbeit, druckte Plakate, stellte Schilder an den Ortseingängen auf. Der Vorstand führte Veranstaltungen in vielen Orten durch und versuchte mehr Menschen von der Notwendigkeit des Widerstandes zu überzeugen. Ein Arbeitskreis Atommülldeponie der KLJB traf sich regelmäßig. Die Dekanatsversammlung der KLJB Hümmling lud einen Vertreter der BI zum Vortrag. Im Kreis Cloppenburg gründete sich ebenfalls eine BI.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU führte schließlich vom 19. bis 21 November 1976 seine Jahreshauptversammlung in Melstrup durch. Normalerweise waren auf dieser Versammlung 100 bis 200 Vertreter von einzelnen Initiativen. In Melstrup besuchten 2000 Menschen diese Veranstaltungen. Eine geplante Pro- und Contra-Diskussion in Sögel wurde zu einer BI-Kundgebung mit 800 Teilnehmern umfunktioniert, weil die Vertreter des Forschungsministeriums, des TÜVs und der Atomindustrie nicht erschienen waren.

Einen Besuch des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht in Papenburg am 29. November 1976 nahm die Bürgerinitiative zum Anlass, massiv gegen das Atommüllprojekt zu demonstrieren. Gleichzeitig sollte die Möglichkeit einer Blockadeaktion gegen neue Bohrungen am Salzstock erprobt werden. Zur Demonstration wurde deshalb nicht öffentlich aufgerufen. Vielmehr wurden erst zwei Tage vorher die Mitglieder über die Vertrauensleute und Telefonketten zur Demo aufgerufen.

800 Bauern mit Treckern, insgesamt 1500 Menschen kamen am Bohrplatz zusammen. Hermann Gerdes sagte: "Dies ist eine Generalprobe für das, was wir hier auf die Beine stellen können. Wir sind nicht bereit, Versuchskaninchen der Atomindustrie zu werden."

Die Bürgerinitiative vernetzte sich mit der Anti-Atombewegung. Zu Informationsveranstaltungen wurden die großen Mahner der damaligen Zeit

gegen die Atomenergie eingeladen: der SPD-Abgeordnete und Physiker Karl Bechert, der CDU-Bundestagsabgeordnete und Umweltschützer Herbert Gruhl, der Maoist und Atomphysiker Jens Scheer.

Der große Widerstand brachte die niedersächsische CDU-Landesregierung in Bedrängnis, weil sie eine Minderheitsregierung war und auf jede Stimme angewiesen war.

1977 beschlossen die SPD-Bundesregierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und die CDU-Landesregierung von Ministerpräsident Ernst Albrecht den Salzstock bei Gorleben für das Endlager zu benennen und in der Nähe in Dragahn die WAA zu bauen.

Kriterium für die Standortentscheidung war ausschließlich, dass der Standort so weit ab vom Schuss lag und die Gegend dünn besiedelt war. Geologische Begründungen für die Errichtung eines Endlagers an diesem Standort wurden nicht benannt. Diese unwissenschaftliche Vorgehensweise erinnert ein bisschen an die tolle Standortentscheidung der Franzosen für La Hague: Alle Emissionen ins Meer!

Der Standort Dragahn für die WAA wurde auch schnell aufgegeben. Schließlich brüstete sich Bayerns Ministerpräsident Strauß damit, er könne eine WAA in Wackersdorf bauen lassen. Aber auch das scheiterte bekanntlich am Widerstand der Bürger.

Und der Standort Gorleben ist mittlerweile auch Geschichte, so dass wir heute wieder auf der Suche nach einem Ort für die Hinterlassenschaften der Atomindustrie sind.

Wie sagt der Berliner? Was lernt uns das?

Dass die Politiker sehr schnell bei der Hand sind, ihr Vorgehen als angeblich von der Wissenschaft gedeckt auszugeben, aber letztlich dann einfach Entscheidungen getroffen werden, die möglichst wenigen in der Politik weh tun.

Wenn wir nicht aufpassen, werden wir zu Opfern von politischen Entscheidungen, zu denen es angeblich keine Alternative gibt.

Aktuell sind wir wieder im Fokus für ein Atommüllendlager. Der Weg dahin wird als transparent, offen und wissenschaftsbasiert bezeichnet. Dass wir mit einem Haufen nebensächlicher Informationen erschlagen werden, soll als Beweis dafür dienen, dass die Transparenz funktioniert. Aber ich habe eher den Eindruck, dass hier ein Haufen Nebelkerzen ausgeworfen wird, der verdeckt, dass hier im Trüben herumgestochert wird. Obwohl die Zeit offensichtlich nicht

reicht, um die Standorte genau zu prüfen, wird ein politisch vorgegebener Zeitplan eingehalten, so dass zum Schluss wieder nur ein politisch gewählter Standort übrig bleibt. Und wir werden dann zu hören bekommen: Ihr hättet euch in dem Prozess einbringen können. Jetzt müsst ihr dies einfach akzeptieren.

Das hätten sie gern. Unseren Salzstock hätten sie gern. Die Suppe wollen wir ihnen versalzen!

Jan Deters, 17.07.2022